Mittwoch, 12. August 1925 • 73. Jahrgang Nr. 378

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 90 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3443; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Nr. 234, Rudolf Mosse, Berlin SW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Dresdnerbahnstrasse 120, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
Berlin Veränderlich

Fernstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 40, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 53, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 60, Friedrichstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 54, Scharrenstr. 30, Nürnberger Str. 50-56, Kaiser-damm 20; Friedenau: Rheinstr. 18; Halensee-Grunewald: Hauptstr. 214, Lichterfelde: Fränkfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 347-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 13; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32; Oppeln: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 33; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wie die Berliner ausgehen sollen...

Die Ansicht des Amtsgerichtsrats Struckmann, der gegen Schnapp einen Haftbefehl erließ

Die Justiz in der Republik

Der Kaufmann Adolf Schnapp, der am vergangenen Sonntag vor der Alhambra am Kurfürstendamm den Stahlhelmmann Dölle in der Notwehr erschoß, ist gestern vom Richter im Polizeipräsidium vernommen worden. Inzwischen haben sich bei dem Verteidiger des in Haft befindlichen Schnapp, dem Rechtsanwalt Dr. Artur Brandt, eine ganze Reihe von Passanten gemeldet, die den Vorfall mit angesehen haben. Vor allem haben sich auch die Insassen des Personenkraftwagens gemeldet, auf den sich Schnapp in der höchsten Not flüchtete. Alle haben übereinstimmend ausgesagt, daß Schnapp erst geschossen hat, als er sich in höchster Not befand. Als Schnapp auf das Trittbrett des Autos flüchtete, bedrängten ihn die Hakenkreuzler bereits derart mit Stöcken und Stahlknüppeln, **daß ihm, wenn er der drohenden Lebensgefahr entgehen wollte, nichts anderes als der Schuß übrig blieb.** Der Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium, Amtsgerichtsrat Struckmann, hat trotzdem beschlossen, einen Haftbefehl gegen Schnapp zu erlassen. Er erklärte dem Verteidiger Schnapps, der gegen den Haftbefehl und die Ueberführung Schnapps in gerichtliche Untersuchungshaft sofort Beschwerde bei der Strafkammer eingelegt hat, er stehe auf dem Standpunkt, der Beschuldigte hätte sich anders als mit der Schußwaffe zur Wehr setzen können. Er hätte z. B. besser getan, sich eines Gummiknüppels zu bedienen, oder in einem Auto die Flucht zu ergreifen. Gegen die jungen Leute, die immer gleich schießen, müsse mit aller Energie vorgegangen werden.

*

Gegen den jungen Hakenkreuzler Rehnig, der gleich schoß, ist mit solcher Energie vorgegangen worden, daß er — freigesprochen wurde, nachdem er, obwohl ein ernsthafter Zweifel über seinen rechtswidrigen Angriff nicht bestehen kann, kurz nach der Tat aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Hier wird ein Republikaner des gleichen Vergehens beschuldigt und prompt gilt — ein anderes Recht? Bewahre das Recht ist dasselbe, es wird nur ein wenig anders ausgelegt. Wir haben in diesen Jahren der aneinandergereihten Justizskandale mancherlei Auslegungskunststückchen kennengelernt, aber die Art, wie der Herr Amtsgerichtsrat Struckmann den Notwehrbegriff nach dem Strafgesetzbuch auslegt (dem Republikaner Schnapp gegenüber), ist so ungeheuerlich, daß ein Rechtskandidat, wollte er im Referendarexamen Ansichten wie die des Herrn Struckmann vertreten, mit Pauken und Trompeten durchfallen würde. Es ist natürlich heller Unsinn, daß Schnapp verpflichtet gewesen wäre, sich eines Gummiknüppels zu bedienen, den er nicht besaß, oder im Auto zu fliehen, das nicht vorhanden war. Wäre die Auffassung des Herrn Vernehmungsrichters richtig, so würde es sich für die Berliner in Zukunft empfehlen, angesichts des hakenkreuzlerischen Rowdytums, das morgen, ebenso wie gestern und die ganze Zeit vorher, die Straßen unsicher machen kann, nur mit dem Gummiknüppel und dem Auto im Hintergrund auszugehen. Gehen Sie so aus, Herr Amtsgerichtsrat Struckmann? Da es sich im Falle Schnapp um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff, der eine Gefahr für sein Leben enthielt, handelte, so war noch der oben geschilderten, objektiven Sachlage der Gebrauch der Pistole rechtlich begründet, denn diese Art der Verteidigung war zur Abwendung des Angriffs erforderlich. In der wilhelminischen Zeit wurden Seiner Majestät Fähnriche und ähnliche privilegierte Leute sogar freigesprochen, wenn der Angeklagte gar keinem rechtswidrigen Angriff gegenübergestanden, sondern es sich nur eingebildet hatte. Die juristische Wissenschaft hat dafür die schöne Bezeichnung Putativnotwehr erfunden. Wenn damals von der über allem Zweifel erhabenen kaiserlichen Justiz sogar Putativnotwehr zur Straffreiheit führte, um wieviel mehr muß in diesem Falle, da sachlich und rechtlich begründete Notwehr vorliegt, der Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt werden. Selbst wenn Schnapp in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen wäre, wäre diese Ueberschreitung der Notwehr nicht strafbar.

Angesichts der sich häufenden Fälle solcher merkwürdiger richterlicher Entscheidungen, die dem Ansehen der deutschen Justiz außerordentlich abträglich sind, möchten wir fragen, ob der preußische Justizminister nicht endlich einmal in seinem Ressort gründlich nach dem Rechten sehen will. Es geht nicht an, daß Richter weiter amtieren und womöglich avancieren, die, wären sie im kaiserlichen Deutschland derartig „unangenehm aufgefallen", sofort zu den Toten gehört hätten.

Scharfer Erlaß des Polizeipräsidenten

Gegen das Rowdytum der Rechtsradikalen

Der Berliner Polizeipräsident hat angesichts der unerhörten Ausschreitungen politischer Rechtsradikaler folgenden energischen Erlaß veröffentlicht:

„In den letzten Tagen ist es in einigen besonders belebten Stadtgegenden zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern dadurch gekommen, daß geschlossene Trupps von Anhängern anderer Parteien auf offener Straße ohne Anlaß beschimpft und tätlich angegriffen wurden. Verschiedentlich ist dabei unter Bezugnahme auf den bedauerlichen Vorfall am letzten Sonntag vor der Alhambra auf dem Kurfürstendamm, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, gerufen worden: „Das sei die Rache für die Erschießung des Dölle".

Ich weise darauf hin, daß strafbare Handlungen zu sühnen, einzig und allein Aufgabe der Staatsgewalt — Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte — ist und in einem geordneten Staatswesen niemals in das Ermessen von Privatpersonen gestellt sein kann. **Mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln werde ich dem Rowdytum, das unter dem Deckmantel politischer Betätigung die Straßen unsicher macht, das Handwerk legen und Sorge tragen, daß ruhige Staatsbürger ungehindert und unbelästigt in Berlin ihres Weges gehen können.**

Aufzüge, deren Teilnehmer erkennen lassen, daß sie nicht zum Zwecke friedlicher Demonstrationen zusammengekommen sind, sondern um Unruhe zu verüben und Andersdenkende zu belästigen, werden von meinen Beamten rücksichtslos auseinandergetrieben werden. Ich werde den Teilnehmern gemäß einem Erlaß des Herrn Ministers des Innern Stöcke und Waffen abnehmen lassen. Die Beteiligten setzen sich zudem der Gefahr aus, **wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt und schwer bestraft zu werden."**

*

Diese energischen Worte sind durchaus zu begrüßen; hoffentlich folgen ebenso energische Taten! Was sich in diesen Tagen, aber auch früher schon, auf den für alle vorhandenen Berliner Straßen an „völkischen" Exzessen ausgetobt hat, erinnert an die Zeiten des Strauchrittertums vergangener Rohheitsepochen. Es wird höchste Zeit, daß endlich einmal die Staatsgewalt mit rücksichtsloser Schärfe gegen diesen Krebsschaden am Körper des deutschen Volkes eingesetzt wird. Ins Arbeitshaus mit allen Lümmeln, die auf den Straßen herumlungern und friedliche Bürger belästigen!

Schnelldienst

Die Abmachungen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der deutschen Reichsregierung über die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges für die beiderseitigen Staatsangehörigen treten am heutigen Tage in Kraft.

Der radikale französische Abgeordnete Lambert wird die Regierung interpellieren, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, um der Bevölkerungsabnahme in Frankreich Einhalt zu tun.

Die ungarisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind gestern abgeschlossen worden. Sowohl der ungarischen wie der französischen Ausfuhr sind sehr erhebliche Erleichterungen gesichert.

Der größte Teil der Lohnempfänger der Station Nürnberg-Rangierbahnhof ist wegen der seit Einführung des Rangier-Zettelverfahrens eingetretenen Verminderung der Zahl der Auffänger in den Richtungsgleisen in den Streik getreten.

Nach gestern erfolgter Entlassung von 38 Internierten aus dem Budapester Polizeigefängnis existiert in ganz Ungarn kein einziger Internierter, der aus politischen Gründen seiner Freiheit beraubt wäre.

Der französische Finanzminister Caillaux erklärte, für den Feldzug in Marokko wären außer den bisher verausgabten 200 Millionen Francs weitere 250 Millionen nötig.

Börsenkrise — Stinnes-Krise

Starke Kurseinbrüche — Der Alpdruck der Stinnes-Liquidation

Die Zukunft der Börse

Von

Dr. Adolf Roeder

Das Börsenwetter hat sich in der letzten Zeit wieder einmal recht schlecht gestaltet. Die Kurse sind in eine rapide Abwärtsbewegung geraten, und es wurde vielfach ein neuer Tiefstand erreicht, wie man ihn noch vor kurzem kaum für möglich gehalten hätte. Man darf nicht vergessen, daß die Börse schon seit Monaten, ja man kann sagen, seit Jahr und Tag unter einem sehr ungünstigen Stern steht. Zwar sind vorübergehend Haussepertoden zu verzeichnen gewesen, doch waren sie nur sporadisch eingestreut in eine lange Reihe auf einen pessimistischen Ton eingestellter Börsen. Jede freiere, nach oben gerichtete Entwicklung der Kurse kam jeweils schnell wieder zum Stillstand, und bisweilen versandete das Geschäft so stark, daß die Frage auftauchte, ob es nicht überhaupt besser sei, die Börse vorübergehend zu schließen, zumal, da sich das Kursniveau nur noch senkte und die Hoffnung auf eine Besserung der Lage immer mehr schwand.

Gerade in der letzten Woche sind wieder sehr empfindliche Kurseinbrüche erfolgt, die verschiedene Ursachen hatten. Ohne Zweifel übt die unsichere und keineswegs erfreuliche gesamte wirtschaftliche Lage und zu einem Teil auch die politische Situation, namentlich, soweit das Verhalten der früheren Entente gegenüber Deutschland in der Ruhrfrage usw. in Betracht kommt, einen Druck auf die Tendenz der Börse aus. Sehr erheblich ist aber auch der Einfluß, den die Stinnes-Angelegenheit auf die Kursentwicklung nehmen mußte. Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß die Bedeutung der Liquidation des Stinnes-Konzerns für die Gesamtwirtschaft und namentlich auch für die Börse weit unterschätzt worden ist. Dies lag freilich vor allem daran, daß die maßgebenden Persönlichkeiten nur sehr zögernd und bis zum heutigen Tag noch nicht in vollem Umfange Aufschluß über die tatsächliche Lage des Stinnes-Konzerns gegeben haben. Es ist daher kein Wunder, wenn in weitesten Kreisen hinsichtlich der weiteren Liquidation des Konzerns ernste Besorgnisse auftauchen, und man braucht sich darüber um so weniger zu wundern, als fast jede neueste Mitteilung, die über die Angelegenheit in der Oeffentlichkeit bekannt wird, die ganze Situation in einem immer unerfreulicheren Lichte erscheinen läßt. So wurde in den letzten Tagen gemeldet, daß die Kreditorensumme, die man bisher angenommen hatte, sich als zu niedrig herausgestellt hat. Eine Prüfung hat weitere Verpflichtungen aufgedeckt, dazu kommen noch fortlaufend notwendige Lohnzuschüsse, ohne die die Weiterarbeit einzelner Gesellschaften nicht möglich gewesen wäre, und außerdem nicht unerhebliche Kosten für die Stützungskredite. Im ganzen wird heute mit einer Kreditorensumme von brutto 180 Mill. Reichsmark gerechnet, während anfangs „nur" 155 Mill. Reichsmark als Höchstmaß angesehen worden waren. Allerdings sind von diesen 180 Mill. bisher auf Grund der verschiedenen Erlöse reichlich 40 Mill. Reichsmark abgedeckt worden, so daß noch etwa 140 Mill. Reichsmark als Gesamtsumme der Kreditoren übrig bleiben.

Neuerdings dürfte sich dieser Betrag noch weiter herabgemindert haben, da es dem Stinnes-Konzern gelungen ist, aus einer Verkaufstransaktion etwa 17 Millionen Reichsmark zu erzielen. Es handelt sich dabei darum, daß das bisher dem Stinnes-Konzern gehörige Aktienpaket der Riebeck-Montanwerke von einem Konsortium übernommen worden ist, an dem sich die Badische Anilin- und Sodafabrik beteiligt hat. Der Erwerbspreis liegt über dem Tageskurs, der etwa 70 Prozent beträgt. Das im Besitz des Stinnes-Konzerns befindliche Paket an Stinnes-, Riebeck-Montan- und Delaktien beträgt im ganzen etwa 19 Millionen Mark nominell. Es würde sich ein Erlös von etwa 17 Millionen Reichsmark ergeben, da, wie neuerdings bekannt wird, der Erwerbspreis für dieses Aktienpaket sogar recht erheblich

Die „diskreten" Besprechungen

Briands Zusammenkunft mit Chamberlain

London, 11. August.

Briand hatte heute vormittag eine kurze Audienz beim König, so daß er erst um 12 Uhr bei Chamberlain im Auswärtigen Amt vorsprechen konnte. Außer dem dienstlichen Pressephotographen hatten sich nur einige Neugierige eingefunden, so daß Briands Ankunft im großen und ganzen unbeachtet blieb. Dies dürfte auch im Interesse der englischen Regierung liegen, die, um keinen Argwohn in Deutschland zu erwecken, möglichst wenig Aufsehen von dieser Ministerzusammenkunft machen möchte. Gleichfalls hofft man hier, daß die Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand das Ende des bisherigen Notenaustausches zwischen der französischen, deutschen und englischen Regierung bilden werde, so daß man endlich zu unmittelbaren Verhandlungen mit Deutschland übergehen kann. Die nächste Aufgabe der beiden Außenminister wird die Prüfung der französischen Antwort auf die deutsche Note bilden. Man nimmt hier nicht an, daß die interalliierten Schulden zur Verhandlung kommen werden. Dagegen dürfte es durchaus möglich sein, daß die Probleme Marokko, Mosul und China berührt werden.

London, 11. August. (W. T. B.)

Nach Schluß der Zusammenkunft mit Chamberlain, die von 12 bis ½2 Uhr dauerte, fuhren Briand und seine Mitarbeiter in die französische Botschaft, wo sie das Frühstück einnahmen. Die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain werden heute nachmittag um 3 Uhr fortgesetzt. Die Besprechungen verlaufen in befriedigender Weise. Sie werden morgen wieder aufgenommen werden.

Düsseldorf am 28. August geräumt

Düsseldorf, 11. August.

Wie amtlich mitgeteilt wird, haben die französischen Familien von der Besatzungsbehörde die Aufforderung erhalten, zwischen dem 18. bis 20. August die Stadt Düsseldorf zu verlassen. Vom 21. August beginnt die Räumung durch die Besatzungstruppen und am 28. August soll Düsseldorf planmäßig geräumt sein. Die öffentlichen Gebäude sind zum größten Teil bereits freigegeben worden, überhaupt hat der Abzug der Franzosen in den letzten Tagen starke Fortschritte gemacht.